

# TAGUNGEN

## Neues Selbstverständnis der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft

### I

Die christlich-sozialen Arbeitnehmerverbände haben Bilanz gemacht und neue Perspektiven aufgezeigt. Das Adjektiv „christlich“ in einem Parteinamen, so scheint es, genügt ihnen kaum noch, um bloß deshalb einer so firmierten Partei auf Gedeih und Verderb die Treue zu halten. Symptomatisch für dieses neue, kritische Selbstverständnis waren die Unmutsäußerungen, mit denen die Delegierten des Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongresses Mitte März in Bonn ein Grußtelegramm des CDU-Parteivorsitzenden *Kiesinger* quittierten. Dem Bundeskanzler wird angekreidet, daß er es mit Telegrammen gut sein läßt, höchstpersönlich aber bei keiner Arbeitnehmerveranstaltung erscheint. Solche Mißachtung ist ein Dorn im Fleische der christlich-sozialen Arbeitnehmer, die immer noch in ihrer weit überwiegenen Mehrzahl den Parteien CDU/CSU angehören oder ihnen zumindest nahestehen.

Diese immer noch stark vorherrschende politische Orientierung des Ständigen Ausschusses Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongresse auf die CDU/CSU hin hatte bereits im Herbst vergangenen Jahres dazu geführt, daß die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ihre indirekte Mitarbeit im Ständigen Ausschuß aufgab — sie hatte dort bis dahin den Status eines Beobachters. Am Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongreß 1969 nahmen dann noch folgende Verbände teil: die CDU-Sozialausschüsse mit 75 Delegierten, die Evangelische Arbeiterbewegung (30), die Evangelische Arbeiter-Jugend (10), der Evangelische Gesellenverein (10), die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung — KAB — (70), die Deutsche Kolpingfamilie (70), die Jungen Christlichen Arbeitnehmer — CAJ — (20), die Jungen Christlichen Arbeitnehmer/Frauen — CAJ/F — (10), das Süddeutsche Werkvolk München (15), das Süddeutsche Werkvolk der Diözese Rotenburg (10), der Christliche Gewerkschaftsbund (50), die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft Bayerns (20) und der Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung — KKV — (10).

Parteipolitisch am wenigsten an die CDU/CSU gebunden sind davon die evangelischen Verbände. Aber insbesondere auch die CAJ und die KAB stehen Mitgliedern aus anderen demokratischen Parteien ebenfalls offen. Dieser Trend zu parteipolitischer Unabhängigkeit scheint sich jetzt weiter zu verstärken. Auf der abschließenden Pressekonferenz des diesjährigen Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongresses betonte Bundesarbeitsminister *Hans Katzer*,

gleichzeitig Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, sehr entschieden, daß dies „kein Kongreß der CDU“ und auch „kein Kongreß im Vorfeld der CDU“ gewesen sei, sondern ein gesellschaftspolitischer Kongreß christlich-sozialer Organisationen. An ihm könnte, so formulierte es Katzer, eines Tages auch eine Gruppe aus dem Bereich der SPD teilnehmen. Auf den beiden vorausgegangenen Kongressen — dem Gründungskongreß 1960 und dem von 1964 — wären solche Worte noch undenkbar gewesen. Damals traten die Christlich-Sozialen offen und ohne viel Federlesen als Wahlhelfer für die CDU/CSU auf.

Zu solcher Taktik indessen mochte sich während des Kongresses in Bonn nur eine Minderheit bekennen, die, zwar nicht ausschließlich aber doch überwiegend, südlich der Rhein-Main-Linie beheimatet ist; dort haben die parteifrommen Traditionalisten ihre Hochburgen. Die Mehrzahl der Delegierten allerdings, einschließlich der CDU-Sozialausschüsse, hielt von derart verstaubter Traditionspflege herzlich wenig. Sie standen den progressiven CAJern näher, die auf dem Kongreß ein Flugblatt mit der Frage „Was tun?“ verteilt hatten. Die CAJ zeigt hier zwei Alternativen auf:

„Eine Möglichkeit: anpassen, Schnauze halten, sich an alles gewöhnen, sich manipulieren lassen. . . Wer das fertigbringt, kann sehr glücklich werden. — Die andere Möglichkeit: mitdenken, mitverantworten, mitreden, mitbestimmen. Diese Lösung hat natürlich einen entscheidenden Nachteil: Man muß sich auskennen, man muß sich engagieren.“

Die CAJ stellt fest: „Mensch ist, wer Fragen stellt. Wer in Frage stellt, hat Chancen. Wer handelt, baut Zukunft.“

Das In-Frage-Stellen wird derzeit bei den meisten christlich-sozialen Arbeitnehmerverbänden groß geschrieben. Ein Promoter dieser Entwicklung ist zweifellos der neue Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Dr. *Norbert Blüm*. Auf seine Initiative hin hatte denn auch die Juniorenvereinigung der CDU-Sozialausschüsse, die Junge Arbeitnehmerschaft, auf ihrer 9. Bundestagung Anfang März in Mainz den Dialog mit dem marxistischen Philosophen *Milan Prucha* aus Prag gewagt. Diese Mainzer Tagung könnte, wie die KAB-Zeitung *Ketteier Wacht* hofft, „einen neuen Abschnitt in der Geschichte der christlich-sozialen Bewegung einleiten: Der Dialog tritt an die Stelle von Deklamationen über Wesen und Willen christlicher Arbeitnehmerschaft.“ Prucha trug denn auch seinen Teil dazu bei, daß die enge Bindung der Jungen Arbeitnehmerschaft an die CDU in ihrer Problematik deutlich wurde. Seine Fragen an die Christen, inwieweit das Christentum mit einer konkreten politischen Position verbunden sein könne, ob es überhaupt eine christliche Partei geben dürfe, ließ die Delegierten nicht kühl. Der Beifall vieler von ihnen machte

überdies deutlich, daß man sich in der Jungen Arbeitnehmerschaft der CDU der Problematik des Adjektivs „christlich“ im Namen einer Partei durchaus bewußt ist.

## II

Die zunehmende kritische Distanz zur offiziellen und überwiegend konservativ geprägten Parteilinie von CDU und CSU beschränkt sich aber keineswegs auf die jungen Leute. Sie findet sich auch bei den reiferen Jahrgängen der christlich-sozialen Arbeitnehmerverbände. Die Hauptreferenten des Kongresses in Bonn — *Josef Stingl*, Dr. *Norbert Blüm*, *Wolf gang Vogt* und auch Bundesarbeitsminister *Hans Katzer* — allesamt Mitglieder der CDU, verfochten vor diesem Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongreß Thesen und Perspektiven, die man ansonsten weit eher auf DGB-Kongressen oder sozialdemokratischen Tagungen zu hören gewohnt ist als auf christdemokratischen Veranstaltungen. Das gilt für das pragmatisch zukunftsorientierte Referat des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, *Josef Stingl*, „Die Industriegesellschaft der siebziger Jahre“ ebenso wie für den programmatischen Beitrag des Geschäftsführers der CDU-Sozialausschüsse, Dr. *Norbert Blüm*, „Christlich-Sozial morgen — Grundlagen und Selbstverständnis“ sowie die Referate von *Wolf gang Vogt* „Politik für eine soziale Demokratie“ und Bundesarbeitsminister *Hans Katzer* „Christlich-soziale Politik heute“, die mehr auf die praktische politische Alltagsarbeit abgestellt waren. In allen Referaten aber zeigte man sich dem Leitwort des Kongresses verpflichtet, der Politik für eine soziale Demokratie.

*Josef Stingl* hob in seinem Vortrag besonders die Bedeutung einer *planenden Vorausschau* hervor:

„Zukunftsforschung wie auch die Beobachtung ihrer Ergebnisse durch die gesellschafts- und Ordnungsgestaltenden Kräfte und Gruppen ist notwendig . . . Nicht nur aus der Sorge her-, aus, daß Technokraten technokratische Grundstrukturen errichten und damit Macht usurpieren und in einer für die Menschen abträglichen Weise anwenden, sondern auch wegen der möglicherweise nicht geringen Gefahr, daß mangelnde Kontrolle der Gesellschaft und fehlende Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Okkupation der Zukunft durch staatliche und wirtschaftliche Exekutiv-Eliten ein Vakuum der Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung bewirken, in das totalitäre politische Kräfte ungehindert und unbemerkt eindringen können.“

Im Zeitalter der Elektronenrechner schwinde ohnehin mehr und mehr die Möglichkeit, sich zur bequemen Entschuldigung auf höhere Gewalt zu berufen. „Wir müssen das Erkennbare schon in unsere heutigen Zukunftsentscheidungen einbeziehen. Entweder wir haben den Wil-

len, die Zukunft zu bewältigen, oder sie bewältigt uns." Stingl verdeutlichte das u. a. am Beispiel der *Mitbestimmung*. Er stellte die Frage nach der Bedeutung der Demokratie, wenn es einst möglich sein werde, systematisch die öffentliche Meinung zu manipulieren. Werde dann etwa die Mitbestimmungsfrage unserer Tage wie eine Farce erscheinen, weil dann vielleicht der Unternehmer längst auf der Seite der Arbeitnehmer stehe, da sich — überspitzt ausgedrückt — der Plutokrat vom Technokrat ausgebeutet sehe? Stingl schlußfolgerte:

„Wenn es richtig ist, daß wir Gründe haben, dies heute schon bedenken zu müssen, dann wird qualifizierte Mitbestimmung zu einem Problem allerersten Ranges werden, denn die Sachkenner werden auf der Seite der Technokraten zu suchen sein. Was nützen dann Sätze der Ethik und Moral, wenn das Volk unwissend und damit unfähig ist, mitzudenken und zu entscheiden. Wir werden dann notwendig eine Bildungsgesellschaft sein oder wir werden keine mehr sein.“

Die radikale Abkehr von einer innerhalb von CDU/CSU immer noch stark vertretenen Laissez-faire-laissez-aller-Ideologie hob Stingl dann gegen Ende seines Referates noch einmal besonders hervor: „Der Christ wird die Zukunft nicht fatalistisch hinnehmen, sondern sie für den Menschen gestalten. Er ist nicht zum Fortschritt verdammt, er ist zum Fortschritt berufen.“ Und Stingl bekannte: „Zu unserem Zukunftsbild gehört die Demokratie als Lebensform.“

### III

Aus einer kritischen Bestandsaufnahme entwickelte dann Dr. Norbert Blüm seine Konzeption, was „Christlich-Sozial morgen“ bedeuten sollte. Er stellte seinen Ausführungen voran: „Wer in einer Soziallehre nach Rechten und Pflichten sucht, welche für Adam und Eva, Karl den Großen, Dschingis-Khan und Nixon in gleicher Weise gelten, wird nur zu Aussagen gelangen, die höchst allgemein und wenig konkret, bestenfalls als Überschriften brauchbar sind, aber den Inhalt unbestimmt lassen . . . Die christliche Soziallehre entfaltet sich mit und in der Geschichte. Unsere Anstrengungen gelten einer Zukunft, welcher wir nicht einfach unsere Errungenschaften weiterreichen . . . Die Christen sollten nicht den Verdacht bestätigen, ausgerechnet sie seien diejenigen, welche austerbende Gesellschaftsordnungen verteidigen.“

Blüm zeigte dann drei Tendenzen auf, von denen er annimmt, „daß sie erstens die Welt weiterbringen, und daß sie zweitens durch das Licht des Evangeliums Verschärfung erfahren: Brüderlichkeit — Rationalität — Mobilität.“

Zur Brüderlichkeit hob er hervor, daß im Zeitalter der Überschallgeschwindigkeit der Nächste überall da auf der Erde wohne, wo Menschen in Not sind. Er plädierte für eine

engagierte Friedenspolitik, die ergänzt werden müßte durch gesteigerte Hilfe für die Entwicklungsländer. Auch die Egalisierung des Machtgefälles sieht Blüm unter dem Aspekt der Brüderlichkeit: „Das Streben nach Egalisierung hierarchischer Herrschaftsformen entspringt dem Verlangen nach Gleichheit, das durch die christliche Brüderlichkeit verschärft wird und verstärkt. . . Die christliche Brüderlichkeit drängt auf ein Maximum von Teilnahmekanzen für jedermann.“ Und: „Ich betrachte auch die Mitbestimmung als einen Beitrag, durch Machtverteilung neue Teilnahmekanzen zu ermöglichen.“

Selbst das für Christdemokraten bislang tabuisierte *Privateigentum* bleibt bei Dr. Norbert Blüm von einer kritischen Prüfung nicht verschont. Der Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse meint dazu: „Auch die Eigentumslehre erhält im Lichte der Brüderlichkeit eine neue Bedeutung. Die Güter dieser Erde sind für alle Menschen da. Dies ist unumstößlicher Grundsatz der christlichen Soziallehre. Er wird verständlich vor dem Hintergrund einer brüderlichen Aufteilung der Erdengüter. Die Eigentumsformen müssen sich vor der Aufgabe bewähren, daß die Güter allen Menschen zugute kommen sollen. Das Recht auf Privateigentum ist abgeleiteter Natur. Es folgt aus der Bestimmung der Erdengüter für alle Menschen. Die Erfahrung spricht nämlich dafür, daß sich diese Bestimmung besser mit Hilfe des Privateigentums organisieren läßt. Wo jedoch das Privateigentum dieser ersten Bestimmung im Wege steht, muß es anderen Eigentumsformen weichen.“

Zur zweiten Tendenz, der der Rationalität, sagte Blüm, daß Politik aus christlicher Verantwortung durch den Einsatz der Vernunft charakterisiert sein müsse und alle großen Worte und Programme auf ihren sachlichen Inhalt zu überprüfen habe. Er ergänzt: „Wenn die komplizierte Welt nur durch Kraft der Vernunft zu meistern ist, so muß jeder zum Gebrauch der Vernunft befähigt werden. Das ist in erster Linie Aufgabe unseres Bildungssystems und gibt keine rationale Begründung für die Behauptung, nur besondere Schichten seien für eine weitergehende Bildung geeignet. Wir können den Begriff ‚Leistungsgesellschaft‘ nur akzeptieren, wenn er jedem, im Rahmen seiner Möglichkeiten, zu einer optimalen Entfaltung seiner Leistungsfähigkeit verhilft.“

Zur Mobilität schließlich, der dritten von ihm angesprochenen Tendenz, bemerkte Blüm, daß die Fähigkeit, sich ständig auf neue Verhältnisse einzustellen, zur Überlebensbedingung werde. Er plädiert dabei für Toleranz als Voraussetzung einer gemeinsamen Weltgestaltung; für Toleranz „nicht als taktisches Mittel, sondern als Ernstnehmen aller Bestrebungen, die Welt ein Stückchen vorwärts bringen zu wollen.“ Denn: „Auch die Christen besitzen ihre Wahrheit nicht fix und fertig, son-

dem im Status eines Wanderers, der immer neue Seiten einer Landschaft entdeckt. Damit wir uns aber nicht voreilig häuslich an einem Rastplatz einrichten und bei unseren gefundenen Lösungen verweilen, dazu verhelfen uns die Einwände unserer Partner. Von ihrem Beitrag kann auch Licht auf unsere Wahrheit fallen. So ist der Marxismus im 19. Jahrhundert sicherlich an einer Stelle wirksam geworden, die von den Christen vernachlässigt wurde. Und die Fragen des Marxismus sind Aufruf, die vernachlässigte soziale Verantwortung der Christen zu mobilisieren. Die Welt kann verbessert werden." Und Dr. Norbert Blüm, immerhin Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, wagt den Ausspruch: „Jede Partei, die das C im Namen führt, hat damit noch nicht den Anspruch erworben, von jedem Christen akzeptiert zu werden.“

#### IV

Wolfgang Vogt, Chefredakteur der KAB-Zeitung *Ketteier Wacht*, stellte in seinem Referat „Politik für eine soziale Demokratie“ die Bedeutung der Selbstbestimmung und der Mitbestimmung heraus. Freiheit drückt sich, so betonte er, vornehmlich in der *Selbstbestimmung* aus: „Darum fordern wir mehr Informationsrechte für den einzelnen Arbeitnehmer und die Arbeitsgruppe im Betrieb, mehr Mitgestaltungsrechte am Arbeitsplatz.“ Und ergänzend dazu: „Selbstbestimmung aber kann unter den Bedingungen in unserer Gesellschaft nur im Ausnahmefall Alleinbestimmung heißen. Selbstbestimmung drückt sich vielmehr in der Mitbestimmung der Gruppen und Verbände aus, also in der Chance, durch freigewählte Vertreter direkt und indirekt an den Entscheidungen in Staat und Gesellschaft, in Betrieb und Unternehmen teilzunehmen ... Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß die Arbeitnehmer an der Legitimation und Kontrolle der Unternehmensleitung mitwirken wollen.“

Auch Bundesarbeitsminister Hans Katzer plädierte vor dem Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongreß für den Ausbau der *Mitbestimmungsrechte* der Arbeitnehmer. Zwar könne man die Mitbestimmung noch herauszögern, aber wirklich aufhalten könne man sie nicht. Sie sei Teil eines umfassenden Demokratisierungsprozesses in unserer Gesellschaft.

In den Arbeitsgemeinschaften des Kongresses christlich-sozialer Arbeitnehmer machte sich der Unmut über die Mitbestimmungsverzögerungstaktik der CDU allerdings weit rabiater bemerkbar. *Franz Schappell* beispielsweise, der stellvertretende DGB-Landesbezirksvorsitzende von Rheinland-Pfalz, forderte unverhohlen, die Freunde doch dort zu suchen, wo sie tatsächlich sind — nämlich bei der SPD mit ihrer Mitbestimmungskonzeption.

CDU und CSU werden nun wohl nicht länger umhin können, in der Frage der Mit-

bestimmung Farbe zu bekennen. Wenn ihre Entscheidung negativ ausfällt — und jüngste Äußerungen des CDU-Generalsekretärs *Bruno Heck* sprechen dafür — dann wird sich der Riß zwischen Gesamtpartei und den christlich-sozialen Verbänden weiter vertiefen. Ob sich diese Kluft dann überhaupt noch überbrücken läßt, ist eine Frage, die zur Zeit niemand beantworten kann. Sicher aber dürfte sein, daß das Selbstgefühl vor allem der CDU-Sozialausschüsse durch eine solche Entscheidung einer Belastungsprobe ausgesetzt würde, die den krassen Unterschied zwischen Anspruch und tatsächlicher Geltung dieser Arbeitnehmergruppe desillusionierend deutlich macht. Ob eine Partei, die sich als Volkspartei verstanden wissen möchte, das verkraften kann, darüber nachzudenken ist Sache der CDU.

*Günther Heyder*

## Zur Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung

### I

Die Konferenz der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz, über die wir jeweils an dieser Stelle berichten, fand im Herbst 1968 zum viertenmal statt. 80 Historiker aus dreizehn Ländern, so aus der benachbarten Tschechoslowakei, aus der Sowjetunion, aus den skandinavischen Ländern, Westdeutschland, Holland, der Schweiz, aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn waren diesmal in Linz.

Der erste Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der Historiographie der *Zweiten Internationale*. Von *Julius Braunthal* lag schriftlich ein Referat vor, das er noch mündlich ergänzte und das zur Grundlage einer fruchtbaren Diskussion und Konfrontation mit der sowjetischen und kommunistischen Geschichtsschreibung über diese Epoche der Arbeiterbewegung wurde.

Die Bedeutung der Sprachbarriere bei der historischen Forschung und Auswertung ihrer Ergebnisse zeigte sich auch an dieser wissenschaftlichen Konferenz trotz der Vielsprachigkeit einiger ihrer Teilnehmer. Das zweibändige, umfangreiche Werk über die Geschichte der *Zweiten Internationale*, das in der Sowjetunion erschienen ist, ist z. B. in West-Europa nicht weiter bekannt geworden.

Aus den Referaten und Korreferaten, wie auch aus den Diskussionsreden, ging hervor, wie sehr noch die Geschichtsschreibung der *Zweiten Internationale* als Ideologie-Geschichte zum Teil teleologisch bestimmt ist: Die Resultate des Geschichtsprozesses werden allzu sehr retrospektiv in die Wertung der geschichtlichen Vorgänge projiziert. Die Kritik an diesem „historischen Idealismus“, der allzusehr die bisherige Geschichtsschreibung der internationalen Arbeiterbewegung beherrscht, fand

deshalb ebenso Zustimmung wie die Forderung von *Georges Haupt*, Verfasser der bisher umfassendsten Bibliographie der Zweiten Internationalen, die Geschichte der Arbeiterbewegung in die Sozialgeschichte einzubauen.

Der erste Punkt der Tagesordnung in Linz ist jeweils einem bestimmten Thema aus der Geschichte gewidmet, der zweite *methodologischen Fragen* vorbehalten. An der vierten Tagung war dieser zweite Punkt „Die Arbeiterpresse als Quelle der Geschichte der Arbeiterbewegung“.

## II

Die beiden rumänischen Historiker *Nicolo Goldberger* und *Nicolo Copoiu* vom Bukarester Institut für Parteigeschichte, und der Leiter des Dortmunder Instituts für Zeitungsgeschichte, *Kurt Koszyk*, legten Referat und Korreferat vor, die, zusammen mit den Diskussionsvoten, wesentliche Probleme der Publizistik der Arbeiterbewegung berührten, theoretische Feststellungen und Fakten darboten, die wichtig genug sind, in der Arbeiteröffentlichkeit, vor allem in den Gewerkschaften, diskutiert zu werden.

Ohne Zweifel ist die *Arbeiterpresse* nicht nur die wichtigste, wenn auch kritisch zu behandelnde *Quelle* der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, sondern auch ihr Studium eine Schule für die gewerkschaftliche Pressearbeit von heute. *Goldberger* stellte fest, daß der wichtigste Wesenszug der Arbeiterpresse darin bestand, daß sie die Probleme der Organisation des Proletariats widerspiegelte. „Das Lebensrecht der Organisationen wurde immer durch die Herausgabe einer Publikation zum Ausdruck gebracht, mit dem Ziel, ihre Ideen zu verbreiten und ihre Interessen zu verteidigen.“

Der zweite Wesenszug bestand in ihrer kämpferischen Haltung und erbarmungslosen Kritik an der *kapitalistischen Gesellschaft*. Diese kam nicht nur in theoretischen und doktrinären Aufsätzen zum Ausdruck, die die Notwendigkeit des Klassenkampfes untermauerten und damit den vor sich gehenden Klassenkampf ins Bewußtsein der Beteiligten hoben, sondern auch in Berichten und Schilderungen, die die soziale Lage der Arbeiterklasse veranschaulichten. Von Fabrikinspektorenberichten, auf die sich *Karl Marx* schon im „Kapital“ gestützt hatte, bis zu den Mitteilungen der Arbeiter aus den Betrieben, die zum Teil in den Berichten der Gewerkschaftsfunktionäre und Sekretäre wiedergegeben worden sind, finden wir in der frühen Gewerkschaftspresse wichtige Quellen zur Sozialgeschichte überhaupt.

Zwei Kriterien der *Quellenkritik*, die in Linz von den Historikern zur Beachtung empfohlen wurden, lassen sich auch auf die heutige Gewerkschaftspresse anwenden.

Das erste Kriterium: Inwieweit konnte bzw. kann die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse Tatsachen veröffentlichen, die von den herrschenden Kreisen, Regierungsstellen und vor allem den Unternehmern als Staats- oder Betriebsgeheimnis betrachtet werden? Ohne Zweifel spielte in der Geschichte der Arbeiterpresse die *Zensur* eine große Rolle. Die ist wohl heute abgeschafft. Die *Selbstzensur*, geprägt durch mangelnde Information, Manipulationen und wirtschaftlichen Druck — sie existierte ja neben der staatlichen Zensur schon immer — ist heute ganz an deren Stelle getreten. Für den Historiker ist sie eine wesentliche Beeinträchtigung des Quellenwertes der Zeitung und beim Leser von heute eine der Ursachen für sein mangelndes Interesse an seiner Zeitung.

Zweites Kriterium der Quellenkritik sind, wie *Goldberger* feststellte, die verschiedenen gewerkschaftspolitischen und politischen Haltungen oder „Linien“, die in der Gewerkschaftspresse zum Ausdruck kommen. Sie wirken sich, heute wie früher, auf die Auswahl der zu propagierenden Theorien und Fakten aus. Bedeutende Vorgänge innerhalb der Organisationen und theoretische Schlußfolgerungen finden keinen Platz, wenn sie im Widerspruch zu der einzuhaltenden Linie stehen. Wenn der Historiker *Goldberger* sagt: „Wenn die Geschichte das Werk der Massen ist, so muß der Historiker den Standpunkt möglichst vieler Vertreter der Massen kennen“, so wird das durch diese weitere „Zensur“ verhindert.

Selbstverständlich wird die Arbeiterpresse, der ohnehin schon durch ihre ungenügende materielle Ausrüstung die Informationsfreiheit beschränkt ist, sich auf ihre eigenen und wichtigsten Aufgaben konzentrieren müssen. Wann hier Platzmangel zur Zensur und Zensur zum Platzmangel wird, ist oft eine Ermessensfrage, die die Leser veranlassen sollte, kritisch die Arbeit ihrer Redakteure zu unterstützen.

Bei der Beurteilung des Quellenwertes der Arbeiterpresse spielt auch die Emanzipation ihrer Herausgeber und Träger von der *herrschenden Ideologie* eine große Rolle. In den kämpferischen Zeiten der Gewerkschaft und Arbeiterparteien, mit denen sich heute die Geschichtsschreibung befaßt, vollzog sich dieser Emanzipationsprozeß vor allem auf der Grundlage der systemüberwindenden Analyse und Kritik des Kapitalismus durch *Marx* und *Engels*.

Heute finden wir in der Gewerkschaftspresse vieler Länder eine Faktenauswahl in den allgemeinen und theoretischen Beiträgen, die das Fehlen dieser Emanzipation aufweist. Sicher werden zukünftige Wirtschaftshistoriker z. B. die Durchleuchtung der Bilanzen und Geschäftsberichte vom Standpunkt der Arbeiter in der Gewerkschaftspresse ebenso vermissen wie die heutigen Leser, für die jede Art

von Mitbestimmung ein Rätsel bleibt, solange sie nicht gründliche kritische Einsicht in die wirtschaftlichen Vorgänge ihres Betriebes und ihres Wirtschaftszweiges durch ihre Gewerkschaftszeitung vermittelt bekommen.

Eine weitere Anregung aus Linz: der *Kulturteil* der Arbeiterpresse und die selbständigen kulturellen Organe, meistens Informationsblätter der Kulturorganisationen wie Naturfreunde, Sänger usw., wurden als Quelle der Kulturgeschichte der Arbeiterbewegung und der allgemeinen Kulturgeschichte hervorgehoben. Kann heute dieser Kulturteil wirklich als Ausdruck der kulturellen Möglichkeiten und Interessen der Arbeiter betrachtet werden und wird er für zukünftige Kulturhistoriker als Quelle von Bedeutung sein? Die Antwort kann sich jeder Leser der Gewerkschaftspresse selbst geben.

Dieser Versuch einer Anwendung der Ergebnisse einer wissenschaftlichen Konferenz auf die Pressearbeit von heute, ist natürlich sehr fragmentarisch. Vielleicht regt er an, Ergebnisse von wissenschaftlichen Tagungen auch über andere Gebiete, deren Thematik unmittelbar die Arbeiterbewegung, vor allem die Gewerkschaftsbewegung betrifft, für deren heutige Tätigkeit zu nutzen.

### III

Leider können wir hier nicht auf alle die wichtigen Diskussionsredner der Historiker eingehen. Der unermüdete Anreger und Leiter der Linzer Tagung, Dr. *Rudolf Neck*, Wien, teilte mit, daß die Protokolle der Linzer Konferenzen in Buchform erscheinen werden und so jedermann zugänglich werden.

Die Linzer Tagungen zur Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung sollen jährlich weitergeführt werden. Man hofft, wie Dr. Neck berichtete, daß sich auch die UNESCO finanziell beteiligen wird. Diesbezügliche Anträge liegen von der deutschen UNESCO-Kommission, die von anderen Kommissionen unterstützt wird, vor.

Vom 16. bis 20. September 1969 soll die fünfte Tagung in Linz stattfinden. Auf die Tagesordnung wurde gesetzt: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die europäische Arbeiterbewegung. Als methodologisches Thema: Memoiren als Quelle zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Institute in Prag und Amsterdam erklärten sich bereit, die Materialien zur Verfügung zu stellen.

*Theodor Pinkus*